

# **Wahlprogramm der Alternative für Deutschland, Kreisverband Solingen, für die Kommunalwahl 2020**



## **1. Gesundheit und Forschung**

### **Regionale Gesundheitsversorgung erhalten und verbessern**

Die jahrelange staatliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser bedroht die wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Mit den Krankenhäusern verschwinden auch die Notfallambulanzen. Die AfD fordert daher eine solide Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land.

### **Erhalt des Klinikums in städtischer Trägerschaft**

Wir wollen das Städtische Klinikum Solingen mit all seinen Fachbereichen beibehalten, um die gesundheitliche Versorgung aller Solinger sicherzustellen. Statt Personal abzubauen wollen wir Personal aufstocken, um die Mitarbeiter im Klinikum zu entlasten und die Gesundheit der Solinger wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Zudem muss in moderne Technik investiert werden, um den medizinischen und technologischen Fortschritt auch den Solingern zugutekommen zu lassen.



### **Zusammenarbeit und Spezialisierung der Solinger Krankenhäuser**

Wir wollen ein lokales Netzwerk aller Kliniken und Praxen in Solingen aufbauen und bestehende erweitern, um allen Solingern in medizinischen Fällen schnell und optimal zu helfen. Wartezeiten auf Facharzttermine müssen deutlich reduziert werden. Durch eine enge Zusammenarbeit von Krankenhäusern und Praxen sowie eine intensivere Abstimmung sollen die Häuser eine Spezialisierung vorantreiben, immer mit dem Ziel, im Solinger Stadtgebiet die bestmögliche gesundheitliche Versorgung anbieten zu können.

### **Mehr Forschung in Solingen**

Die AfD setzt sich für einen Ausbau und eine Intensivierung von Forschung im Gesundheitsbereich ein. Solingen soll dazu noch enger mit Universitäten und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.

### **Arbeitsbedingungen von Angestellten in Solinger Krankenhäusern verbessern**

Jeder Bürger weiß, wie wichtig der Gesundheitsbereich für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für angemessene Besetzungsschlüssel und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf



müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen setzen.

### **Anreizprogramme für Arztpraxen**

Die AfD Solingen fordert die Einführung eines Anreizprogrammes für die Schaffung neuer Arztpraxen. Ärzte, die eine Praxis in Solingen eröffnen wollen, müssen bei der Bewältigung der Bürokratie unterstützt und Gründungshindernisse abgebaut werden. Die Infrastruktur zu bestehenden und neuen Praxen muss verbessert werden. Zudem sollen städt. Finanzmittel für die Modernisierung und Gründung von Arztpraxen kostengünstig zur Verfügung gestellt werden, um den Fortschritt beschleunigt in jede Arztpraxis zu bringen und so die gesundheitliche Versorgung zu verbessern.

### **Barrierefreiheit**

Wir fordern eine wirkliche Barrierefreiheit in Solingen. Die Bemühungen, eine barrierefreie Stadt zu realisieren, müssen verstärkt werden. Menschen mit Behinderungen müssen in die Lage versetzt werden, sich frei in unserer Stadt zu bewegen.



## **2. Sport**

### **Die AfD will den Sport fördern**

Sport ist die größte Bürgerbewegung und fördert den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD sind daher die Förderung und der Ausbau des Breiten-, Behinderten- und des Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

### **Die AfD will das Ehrenamt im Sportbereich stärken**

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Daher fordert die AfD eine bessere Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit und eine bessere finanzielle Unterstützung lokaler Sportvereine.



### **Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen**

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulportes sein. Die AfD fordert, dass die Voraussetzungen dafür durch die Stadt geschaffen werden, damit am Ende der Grundschulzeit alle Kinder schwimmen können.

### **Spielplätze und Sportstätten**

Spielplätze und Sportstätten müssen zukünftig noch engmaschiger in Bezug auf Funktionalität und Sauberkeit überprüft, verbessert und gepflegt werden. Zudem muss durch regelmäßige Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei sichergestellt werden, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Spielplätze und Sportstätten auch nutzen können. Personen, die diese zweckentfremden, wie Kriminelle, Jugendbanden, Drogenkonsumenten usw. müssen konsequent und nachhaltig von diesen Orten verwiesen werden.

### **Erhaltung der Solinger Eissporthalle**

Die Solinger Eissporthalle ist über die Stadtgrenze hinweg bekannt und bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einen echten Mehrwert. Die AfD setzt



sich daher dafür ein, dass die Stadt den langfristigen Erhalt der Eissporthalle sichert oder gleichwertigen Ersatz schafft.

### **Prüfung von Fördergeldern**

Kommunale Fördergelder im Bereich des Sportes werden wir in Bezug auf die Zielsetzung und ihren Effekt überprüfen lassen. Gelder, die dem eigentlichen Zweck entzogen oder nicht effektiv eingesetzt werden, müssen gestrichen werden. So wird gewährleistet, dass möglichst viele förderfähige Bereiche im Sport unterstützt werden können.

## **3. Wirtschaft und Finanzen**

### **Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum**

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftskooperative Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.



Insbesondere zukunftsfähiges und produzierendes Gewerbe muss gefördert und die entsprechenden Unternehmen angeworben werden.

### **Die AfD wird sich für eine effiziente Verwaltung einsetzen**

Das wirtschaftliche Verhalten der Kommunen gehört ständig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

### **Grundsteuer senken**

Die AfD Solingen wird sich dafür einsetzen, dass es keine weitere Belastung für die Solinger durch die Neuberechnung der Grundsteuer gibt. Wir lehnen auch jede weitere Erhöhung der Grundsteuer entschieden ab. Vielmehr müssen finanzielle Spielräume genutzt werden, um diese Steuer zu senken.



### **Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft**

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (wie z.B. „Klimamanager“) lehnen wir ab.

### **Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden**

Der städtische Haushalt ist nicht zuletzt deshalb in Schieflage, weil die EU, der Bund und das Land NRW Aufgaben auf die Kommunen verlegen, ohne sie mit den dafür erforderlichen Finanzmitteln auszustatten. Die AfD Solingen fordert daher, dass das Konnexitätsgebot endlich strikt eingehalten wird.

### **Kommunen finanziell stärken**

Die Altschulden der Stadt haben eine Größenordnung erreicht, die durch die Kommune selbst nicht mehr getilgt werden können. Wir fordern deshalb, dass die längst überfällige Altschuldentilgung durch Bund und Land endlich realisiert wird.





### **Einsparungen in der Solinger Politik**

Auch die Solinger Politik muss einen Beitrag zu Einsparungen leisten. Deshalb sind unter anderem politische Gremien, die sich als nutzlos und überflüssig erwiesen haben, aufzulösen.

### **Gerechte Entlohnung**

Die Ungleichheit zwischen den Gehältern ist auch in der Kommune ein Problem. Während die Mitarbeiter unter zunehmenden Einsparungen leiden, ufern die Gehälter der Spitzenverdiener in der Kommune wie beispielsweise die Gehälter der Geschäftsführung der Stadtwerke, des Klinikums oder die der Vorstände der Stadtparkasse und deren Vorsorgeleistungen aus und haben inzwischen eine völlig unangemessene Höhe erreicht. Die AfD Solingen fordert daher, dass die Gehälter aller Mitarbeiter in einem Einklang zwischen Leistung und Gerechtigkeit stehen müssen. Überzogene Gehälter müssen angepasst und zu geringe Gehälter der Angestellten müssen erhöht werden.

### **Die AfD will den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern**

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu



gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote wie beispielsweise eine Tourismusinformation als Ansprechpartner für die Gäste unserer Stadt. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen und gefördert werden.

Im Detail wollen wir vor allem das Klingenmuseum, Schloss Burg, den Müngstener Brückenpark und das Kunstmuseum Solingen unterstützen und fördern.

### **Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb**

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Die öffentliche Vorsorge wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend von ihr selbst erbracht werden.

### **Keine weitere Ausstellung von Duldungen**

Eine Duldung ist nach deutschem Recht eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern. Die AfD Solingen setzt sich entschieden dafür ein, keine weiteren Duldungen mehr auszustellen. Ausreisepflichtige sind stattdessen konsequent und schnellstmöglich



abzuschieben, um die Kosten für die Allgemeinheit zur Versorgung dieser Personen so gering wie möglich zu halten.

### **Entlastung von sachfremden Aufgaben**

Insbesondere seit der Migrationswelle des Jahres 2015 und den dadurch auf die Kommunen entfallenden Folgekosten sind viele Städte und Gemeinden mit der Finanzierung ihrer regelmäßigen Aufgaben erheblich überfordert. Die Zahlungen des Landes an die Kommunen für Migrationskosten reichen bei weitem nicht zur Deckung aus. Die Kommunen haben die Aufgabe die Daseinsvorsorge für die Bürger sicherzustellen. Die Versorgung von Migranten gehört nicht zu den originären Aufgaben der Kommunen. Die AfD fordert deshalb eine vollständige Übernahme der in den Kommunen entstehenden Migrationskosten durch Bund und Land.

Um weitere Belastungen zu verhindern, wird die AfD Solingen jede weitere Aufnahme von Migranten ablehnen.

### **Abschaffung der kommunalen Amtshilfe zum Eintreiben der Rundfunkgebühren**

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine



Amtshilfe beanspruchen. Die Kommunen sind ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Rundfunkanstalten. Wir fordern, dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.

### **Rückverlagerung von Zuständigkeiten und Kosten auf Land und Bund**

Die AfD Solingen fordert die Rückverlagerung von auf die Kommune übertragenen Aufgaben zurück auf die originär zuständigen Behörden. Hierzu zählen neben den genannten GEZ-Gebühren auch die Verwaltung und Zahlung von Sozial- und Transferleistungen.

### **Abschiebung von Ausreisepflichtigen beschleunigen**

Die AfD Solingen setzt sich dafür ein, dass keine weiteren illegal Eingereisten in Solingen aufgenommen werden. Die Stadt Solingen ist weder finanziell noch strukturell dazu in der Lage, weitere Personen aufzunehmen und zu versorgen. Vielmehr müssen die Prioritäten auf die Abschiebung von ausreisepflichtigen gelenkt werden. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Kommune intensiviert werden, um auch kriminelle Ausländer schneller abschieben zu können. Denn insgesamt hat die finanzielle Belastung der Kommune durch unkontrollierte und in hoher Anzahl illegale Zuwanderung ein unverträglich hohes Maß erreicht.



### **Ankurbelung des Einzelhandels**

Die Qualität des Solinger Einzelhandels nimmt zunehmend ab. Hochwertige Läden müssen schließen. Dieser Entwicklung wollen wir entgegentreten, um die Lebensqualität in Solingen zu erhöhen. Mit einer Verbesserung der Mobilität, kostenfreiem Parkraum in der Innenstadt, intelligenten Verkehrsleitsystemen und Schaffung eines Käuferlebnisses soll die Innenstadt wiederbelebt und positiv entwickelt werden.

### **ÖPNV-Tarife vereinfachen**

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler, aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen und eine stärker nutzerorientierte Taktung der Busse.



### **Kein Verkaufen-und-Zurückmieten (Sale-Lease-Back) von Gemeindeeigentum**

Die AfD lehnt Sale-Lease-Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurückgeleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass die nachfolgenden Generationen durch eine Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt zusätzlich belastet werden.

### **Aufgabengerechte Finanzordnung aller staatlichen Ebenen**

Wegen mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit der Kommunen werden wichtige kommunale Infrastrukturprojekte zurzeit über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist grundsätzlich falsch, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip unseres Staates und produziert ständig falsche Investitionsanreize. Die Kommunen sollen sich nach Auffassung der AfD nicht länger in der Rolle eines Bittstellers befinden, sondern im Rahmen einer neuen bundes- und länderweiten Finanzordnung entsprechend ihrer Bedeutung finanziell gestärkt werden.



### **Keine Genderideologie in der kommunalen Verwaltung**

Die AfD Solingen steht für eine verständliche Sprache und stellt sich gegen die links-grüne Gender-Ideologie. Städtische Mitarbeiter sollen nicht mit dieser Ideologie in ihrer Arbeitswelt belastet und die Effektivität der Verwaltung geschmälert werden. Deshalb lehnt die AfD Solingen die vom Verwaltungsvorstand 2017 bekräftigte Verpflichtung zur gendergerechten Sprache in Wort und Schrift ab.

Gleiches gilt für die allgemeine Geschäftsanweisung der Stadt Solingen „Geschlechterbezeichnende Sprachweise“ und die Hinweise im Flyer „Fair in der Sprache“.

### **Leistung statt Quoten**

Die AfD steht für das Prinzip „Leistung statt Quote“. Mit der AfD wird es wieder mehr Gerechtigkeit geben. Die Leistung wird mit uns über die Entwicklung der städtischen Mitarbeiter entscheiden. Quoten, die beispielsweise auf Geschlechtermerkmalen basieren, lehnen wir entschieden ab.



### **Gebühren für die Nutzung von öffentlichen Freiflächen deutlich senken**

Die deutliche Anhebung der Gebühren aus dem Jahre 2018 war vollkommen unangemessen und belastet die Gastronomie zusätzlich. Wir möchten diese Gebühren deutlich senken.

## **4. Ordnung und Sicherheit**

**Zum Schutz des öffentlichen Raumes fordert die AfD mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)**

Seit dem Jahr 2015 sind Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Raub und Messerstecherei sprunghaft angestiegen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat stark gelitten. Die AfD fordert, dass das Personal im Streifendienst und Außendienst der Kommune deutlich aufgestockt wird. Der hohen Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschieden entgegengewirkt





werden, damit sich die Bürger sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Ordnungstörungen müssen konsequent sanktioniert werden.

### **Klare Trennung zwischen Hilfeleistung und staatlichen Verfahren**

Die AfD Solingen lehnt jede Zusammenarbeit mit sog. Flüchtlingskreisen ab. Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen können sich eigenverantwortlich neben staatlichen Hilfeleistungen um diese Menschen kümmern und der Staat bzw. die Kommune kümmern sich um Aufenthaltsverfahren. Verbindungen führten in der Vergangenheit häufig zu Problemen bei Abschiebungen, die es zukünftig durch eine klare Trennung zu verhindern gilt.

### **Mehr Schutz für öffentlich Bedienstete**

Der Respekt gegenüber Staatsdienern, und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis, ist in den letzten Jahren stark gesunken.

Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen deutlich besser geschützt werden. Die AfD fordert eine konsequente Verfolgung und schnelle Bestrafung der Täter.



### **Förderung der Zusammenarbeit von Stadt und Polizei**

Durch eine verbesserte und intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsdienst soll die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Solinger verbessert werden.

### **Lärm reduzieren, Raser stoppen**

Gegen die Raser-Szene in Solingen muss konsequenter vorgegangen werden. Raser gefährden nicht nur sich selbst, sondern in hohem Maße Unbeteiligte. Auch der Lärm, der von diesen Fahrzeugen ausgeht, belästigt die Bürger in unzulässiger Art. Mit der Einführung einer „Task-Force Straßenrennen“ sollen die Polizei und der Kommunale Ordnungsdienst nicht nur zur Tages-, sondern auch und besonders zur Nachtzeit, gegen diese Personen vorgehen. Verstöße müssen bei niedriger Einschreitschwelle geahndet werden.

### **Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) und Verbesserung der Ausstattung**

Der Kommunale Ordnungsdienst soll deutlich aufgestockt werden. Die bereits beschlossene Erhöhung des Personals reicht bei weitem nicht aus. Der KOD wird



sowohl zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, als auch zur Senkung der Kriminalität, insbesondere durch Verstärkung der Präsenz, dringend benötigt. Sowohl die Ausstattung als auch die Ausbildung der Bediensteten muss verbessert werden. Insbesondere der steigenden Gewaltbereitschaft muss u.a. durch geeignete Ausstattung (ähnlich der Polizei) entgegengetreten werden. Der Schutz der Bevölkerung und der Bediensteten stehen dabei an oberster Stelle.

### **Verstärkte Verkehrsüberwachung an Kindergärten und Schulen**

Ein verstärkter Fokus bei der Verkehrsüberwachung soll zum Schutz unserer Kinder an Kindergärten und Schulen erfolgen. Neben baulichen Maßnahmen soll die Verkehrsüberwachung in den dortigen Bereichen verstärkt werden.

### **Härtere Strafen bei Verstößen**

Bei Ordnungsverstößen sollen die Sanktionsmöglichkeiten ausgeweitet und erhöht werden. Sanktionen müssen vor Verstößen abschrecken, damit wir in unserer Stadt wieder gut, gerne und sicher leben können.

### **Stärkere Bekämpfung von Brennpunkten**

In Parks, auf Spielplätzen, in und um Bahnhöfen und in der Innenstadt sinkt das



Sicherheitsgefühl der Bürger zunehmend. Durch steigende Kriminalität und ausbleibende Ordnungsmaßnahmen haben sich Kriminelle, Jugendbanden und Alkohol- und Drogenabhängige diese Räume zu Eigen gemacht. Diese Räume müssen durch konsequente Maßnahmen von Polizei und KOD zurückerobert, und die genannten Personen sanktioniert und verdrängt werden. Durch regelmäßige Präsenzstreifen soll neben der objektiven auch die subjektive Sicherheit erhöht werden.

### **Verbot von Trinkgelagen**

Wie in unserer Nachbarstadt Remscheid sollen Trinkgelage auch in Solingen verboten werden. Durch Trinker und Drogenabhängige werden zunehmend Plätze in Anspruch genommen, Bürger werden angepöbelt und die Plätze verunreinigt. Die AfD Solingen wird sich dafür einsetzen, dass das Konsumieren von Alkohol in der Öffentlichkeit oder auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Gruppen in Solingen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein wird. Jede Zuwiderhandlung soll mit Geldbußen geahndet werden.

### **Keine Übernahme und Aufnahme von kriminellen Zuwanderern**

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass keine weiteren kriminellen Zuwanderer



in Solingen aufgenommen und versorgt werden. Stattdessen müssen ausreisepflichtige Personen schneller abgeschoben werden. Die Sicherheit der Solinger hat dabei oberste Priorität. Die dazu erforderlichen Maßnahmen, wie eine Aufstockung des Personals in den zuständigen kommunalen Behörden muss schnellstens erfolgen.

### **Neue Wege in der Verkehrssicherheit gehen**

Im Straßenverkehr nehmen verschiedene Gruppen teil, die aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer Gesundheit den Straßenverkehr entweder sicherer machen, oder selbst einen Risikofaktor darstellen. Im Bereich der gesundheitlich oder altersbedingt angeschlagenen Menschen wollen wir einen Anreiz schaffen, um einen Umstieg auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu ermöglichen. So wollen wir jedem Führerscheininhaber ein dauerhaft kostenfreies Ticket für den ÖPNV anbieten, der aus den genannten Gründen auf das Führen eines Fahrzeuges verzichtet, und seinen Führerschein auf eigenen Wunsch abgibt. Damit ermöglichen wir einen Umstieg, der dem einzelnen Betroffenen hilft, und erhöhen gleichzeitig die Verkehrssicherheit für die Allgemeinheit.



## **5. Zuwanderung, Asyl und Integration**

### **Wir wollen Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten**

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

### **Die AfD ist gegen die Gesundheitskarte für Asylbewerber als freiwillige Leistung**

Gesundheitskarten für Asylbewerber bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen lediglich die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern. Deshalb muss grundsätzlich wieder das Behandlungs-Bewilligungsverfahren gelten. Eine weitere finanzielle Belastung der Kommunen zum Vorteil der Asylbewerber und zum Nachteil der Steuerzahler muss unterbunden werden.



### **Rückführung statt Duldung – Ausreisepflichtige und kriminelle Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden**

Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Eine missbräuchliche Kettenduldung, an deren Ende eine Aufenthaltserlaubnis steht, lehnen wir ab. Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen zurückgeführt werden.

## **6. Bildung, Jugend und Soziales**

### **Die Digitalisierung der Schulen muss gefördert und deshalb die technische Ausstattung verbessert werden**

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Vorhandene Technik ist zu modernisieren.

Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Medien muss durch den Schulträger gewährleistet werden.



**Die Qualität des Regelunterrichts an allen Schulen muss gesteigert werden, da ansonsten das Leistungsniveau der Schüler weiter absinken wird**

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden.

**Kostenfreies Essen für alle Kinder in Kindergärten und Schulen**

Kinder, die einen Kindergarten und eine Schule besuchen, lernen dort eine Reihe von Kompetenzen. Auf ihrem Entwicklungsweg werden im Kindesalter die Grundlagen gelegt. Um jedem Kind die gleichen Startchancen zu geben und die Eltern zeitlich und finanziell zu entlasten, fordert die AfD Solingen, Kindern im Kindergarten und in der Schule eine gesunde Ernährung durch Fachpersonal nahezubringen und dieses Essen (vorzugsweise aus regionalem Anbau) für alle Kinder kostenfrei anzubieten.





**Die AfD setzt sich für den Erhalt des gegliederten Schulsystems ein. Schulische Vielfalt bedeutet auch den Erhalt der Förderschulen**

Nur ein gegliedertes Schulsystem garantiert allen Schülern mit oder ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Deshalb müssen angemessene finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Auch der Fortbestand der Förderschulen muss gesichert werden. Nur so kann den Bedürfnissen aller Schüler mit und ohne Förderbedarf am besten entsprochen werden.

**Wir müssen der Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an unseren Schulen entgegentreten**

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite. Schüler haben zunehmend Angst in der Schule und auf den Schulwegen Opfer von Gewalt zu werden.

Insbesondere die zunehmende Deutschfeindlichkeit muss bekämpft werden. Religiös motivierte Ausgrenzung muss durch Aufklärung und Aufarbeitung entgegengewirkt werden. In letzter Konsequenz muss zum Wohl der Schüler auch mit Sanktionsmaßnahmen gegen die Aggressoren und deren Eltern



vorgegangen werden, damit die Schüler wieder gerne und unbeschwert zur Schule gehen und sich dort aufhalten können.

Vielfältige soziale Probleme und unregelmäßige Migration verschärfen diese Entwicklung. Um diesem gesellschaftlichen Problem zu begegnen, fordert die AfD den systematischen Ausbau und die Aufstockung der Schulsozialarbeit.

### **Ablehnung der Inklusion, Erhaltung bzw. Wiedereinführung von Förderschulen**

Kinder mit Benachteiligungen und Behinderungen müssen in besonderem Maße individuell unterstützt und gefördert werden. Dies erfordert speziell ausgebildete Lehrkräfte und eine größere Anzahl von Lehrkräften pro Schüler. Nur so kann auf das einzelne Kind eingegangen und eine optimale Betreuung gewährleistet werden. Die AfD lehnt daher die Inklusion ab und fordert die Wiederbelebung und Stärkung der Förderschulen.

### **Die AfD unterstützt die Wahlfreiheit und das Angebot der offenen Ganztagschule. Verpflichtende Ganztagschulen lehnen wir ab.**

Viele Eltern müssen zu zweit berufstätig sein, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen.



Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und mit qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung sein. Ein solches Angebot darf jedoch niemals für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein.

Gleichzeitig müssen die Löhne so erhöht werden, dass Familien von dem Gehalt eines Elternteiles leben können müssen, damit alle Eltern diese Wahlfreiheit auch tatsächlich haben. Denn der optimale Raum für Kinder und ihre Entwicklung ist eine intakte und beschützende Familie, in der die Kinder Werte vermittelt bekommen.

### **Kleinere Klassen und mehr Lehrer für eine bessere Bildung**

Für eine bessere Bildung fordert die AfD Solingen die Aufstockung der Lehrkräfte an den Schulen und die Verkleinerung der Klassen. Dies ist erforderlich, damit die Kinder und Jugendlichen gut ausgebildet, und ihrem Leistungsstand entsprechend gefördert werden können.

### **Kopftuchverbot in allen Kindergärten und an allen allgemeinbildenden Schulen**

Wir müssen Kindern in unseren Kindergärten und an unseren Schulen die bestmöglichen Bedingungen für eine Entwicklung im Sinne unserer Werte



geben. Das Kopftuch ist dagegen u.a. ein Symbol der Unterdrückung der Frau und es hindert Kinder bei der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit, es stört die Entwicklung. Es ist daher an unseren Schulen abzulehnen und Eltern, die ihre Kinder zum Tragen zwingen, sind zu sanktionieren.

### **Schulpflicht konsequent durchsetzen**

Die Einhaltung der Schulpflicht muss durchgesetzt werden. Ein Fernbleiben vom Schulunterricht oder einzelner Fächer ist strikt zu sanktionieren. Weder ein Fernbleiben vom Schulunterricht aufgrund von Unwissenheit in Klimafragen noch ein Fernbleiben vom Schwimm- oder Sportunterricht aus vorgeblich religiösen Gründen darf toleriert werden. Stattdessen müssen die Interessen und die Entwicklung der Kinder in den Vordergrund gestellt und ihr Recht auf den Besuch der Schule und all ihrer Fächer gewährleistet werden. Eltern, die dies verhindern oder verhindern wollen, müssen sanktioniert werden.

### **Mehr moderne und gepflegte Spiel- und Freizeitplätze**

Zu einer lebenswerten Stadt gehören ausreichend Spiel- und Freizeitplätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die AfD Solingen fordert mehr und modernere Spiel- und Freizeitplätze im gesamten Stadtgebiet.



Auch außerhalb von Siedlungen und Wohnanlagen soll es moderne und gepflegte Spiel- und Freizeitstätten geben.

## **7. Familie**

**Die AfD wird auch in der Kommunalpolitik den Fokus auf die Familienpolitik legen**

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss oder ein Amt für Familienpolitik gebildet wird. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD deshalb die Einrichtung eines Familienausschusses.

**Durch eine flexible Ganztagsbetreuung sollen Kinder so viel wie möglich von ihren Eltern betreut werden können**

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie auch Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der



Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

### **Kostenfreie Kitas**

Für Kinder ist der Besuch einer Kita für das Zusammenkommen mit anderen Kindern, das Erlernen von Sozialkompetenzen und die Vorbereitung auf die Schule vorteilhaft. Um Eltern finanziell zu entlasten, fordern wir, Kitas für Kinder ab 3 Jahren kostenfrei anzubieten.

Gleichzeitig setzt sich die AfD auf allen Ebenen dafür ein, dass Gehälter so erhöht werden, dass Familien mit dem Gehalt eines Elternteils gut leben können und ihnen damit die Wahlfreiheit gegeben wird, selbst zu entscheiden, wie lange sie ihr Kind in eine Kita bringen wollen.

### **Freie Fahrt für Schulkinder im öffentlichen Nahverkehr**

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern, sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, alle



Schulkinder bis zum 14. Lebensjahr von den Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr freizustellen oder zumindest Familien von den Kosten spürbar zu entlasten.

### **Verbesserung der kommunalen Alters- und Pflegeheime**

Die Bedingungen in der Pflege, sowohl für die Gepflegten als auch für das Personal, müssen deutlich verbessert werden. Es muss mehr gut ausgebildetes und besser bezahltes Personal für die Menschen in diesen Einrichtungen vorhanden sein. Auch müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht werden. Die Kommune kann und muss mit ihren Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen.

## **8. Kultur**

### **Die AfD will den Erhalt und Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern**

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von



Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume auch für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen. Ein gut gestalteter Online-Katalog und ein Online-Versand, sowie die Kooperation mit Schulen, erschließt ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

### **Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumpflege und der lokalen Traditionen**

Das regionale Brauchtum hat über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur stellt einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

### **Die AfD unterstützt die Förderung der städtischen Musikschule**

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten durch gut ausgebildete Lehrkräfte





in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offensteht.

### **Schwarz-Rot-Gold für jedes städtische Gebäude**

Wir fordern die Beflaggung aller öffentlichen Gebäude mit der Nationalflagge zur Stärkung unserer nationalen Verbundenheit in der Tradition des deutschen Freiheitsgedankens. Diese Farben und die Flagge sind für Deutschland identitätsstiftend und symbolisieren die deutschen Werte.

## **9. Direkte Demokratie**

### **Mehr direkte Demokratie in der Kommune**

Die AfD Solingen fordert bei wichtigen Entscheidungen mehr direkte Demokratie. Den Bürgern muss ohne große Bürokratiehindernisse auf einfache und schnelle Art und Weise die Chance gegeben werden, sich bei wichtigen Entscheidungen beteiligen und ihre Meinungen einbringen zu können. Daraus resultierende Mehrheitsentscheidungen der Bürger müssen für die Politik bindend sein.



### **Mehr Transparenz, besserer Bürgerservice**

Informationen und Entscheidungen der Politik und der Verwaltung müssen den Bürgern besser und früher transparent gemacht werden. Auch muss der Service der Kommune für die Bürger verbessert werden.

### **Mehr Möglichkeiten zur Beteiligung und Problemlösung**

Die AfD fordert mehr Möglichkeiten für die Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen zu schaffen. Dadurch soll Politik bürgernäher und Folgen politischer Entscheidungen und Probleme schneller erkannt und behoben werden. Im Detail fordern wir unter anderem die Einrichtung von Fragestunden für Bürger vor jeder Stadtrats-, Ausschuss- und Bezirksvertretungssitzung.

## **10. Umwelt, Verbraucher- und Tierschutz**

### **Hundesteuer zweckgebunden einsetzen**

Die kommunale Hundesteuer macht nur einen verschwindend geringen Anteil des gesamten kommunalen Steueraufkommens aus. Politisch ist sie willkürlich, da die Höhe des Steuersatzes die Art des Hundes oder das Einkommen des



Halters ignoriert. Als Steuerungselement, um weniger Hunde in einer Kommune zu haben, ist sie ineffektiv. Sofern eine Hundesteuer dennoch erhoben wird, muss diese den Tieren in unserer Stadt zugutekommen. Die Erhebung der Hundesteuer soll überprüft und die Einnahmen zweckgebunden für den Tierschutz und das Tierwohl eingesetzt werden.

#### **Verbot zum Besitz und Führen von sog. Listenhunden für Straftäter**

Die Sicherheit der Bevölkerung steht an oberster Stelle. Gewalttäter haben durch ihre Taten bewiesen, dass sie zum Führen und Besitzen von Listenhunden charakterlich ungeeignet sind. Ihnen soll daher das Besitzen und Führen dieser Hunde untersagt werden.

#### **Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren**

Immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkte darf es nicht geben.



### **Anleinplicht für Hunde**

Auf allen öffentlichen Wegen und Plätzen müssen Hunde angeleint werden, Ausnahmen sollen gestrichen werden. Dies dient der Sicherheit aller Bürger. Zuwiderhandlungen müssen mit Bußgeldern sanktioniert werden.

### **Mitführflicht von Entsorgungsbeuteln**

Hundebesitzer müssen verpflichtet werden, immer einen Kotentsorgungsbeutel mitzuführen, um Verschmutzungen im öffentlichen Raum unverzüglich wieder reinigen zu können. Ein Verstoß gegen die Mitführflicht soll mit einem Bußgeld sanktioniert werden.

### **Ordnungsgelder für Verschmutzungen erhöhen**

Wir wollen in einer sauberen und schönen Stadt leben. Verschmutzungen im öffentlichen Raum sind ein Ärgernis und müssen kostenintensiv gereinigt werden. Zur Abschreckung und der damit verbundenen Kostensenkung fordern wir daher die Ordnungsgelder für Verschmutzungen im öffentlichen Raum zu erhöhen.



## **11. Bauen, Wohnen und Verkehr**

### **Straßenbaubeiträge abschaffen**

Straßenbaubeiträge sind zusätzliche Belastungen für alle Eigentümer und sozial ungerecht, da bei der Erhebung keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Bürger genommen wird. Die Bürger haben auch keine Möglichkeit, auf die Höhe der Baukosten Einfluss zu nehmen. Hohe Sanierungskosten entstehen oft dadurch, dass notwendige Reparaturen im Rahmen von Unterhaltsmaßnahmen unterlassen wurden. Dies darf nicht zu Lasten der Bürger gehen. Die Abgabenlast für die Solinger ist hoch genug, daher fordert die AfD die Abschaffung der Straßenbaubeiträge.

### **Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger**

Die Mieten in Solingen sind zu hoch. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird und bevorzugen hierbei die Förderung von Genossenschaften. Auch muss es mehr sozialen Wohnungsbau geben.



### **Neue Baugebiete in Solingen**

Bezahlbare Bauflächen für den Bau von Häusern für Familien sind sehr teuer und rar. Die AfD Solingen fordert, die Erschließung neuer Baugebiete zu prüfen und diese bevorzugt an Familien mit Kindern zu verkaufen.

### **Wir wollen die Innenstädte wieder attraktiver machen**

Wir setzen uns für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein. Uns ist die Bedeutung attraktiver Innenstädte bewusst. Wir stehen den lokalen Einzelhändlern zur Seite. Wir setzen uns deshalb für ausreichend und kostenfreie Parkplätze ein und werden dafür kämpfen, dass der Individualverkehr in den Städten nicht weiter eingeschränkt wird.

### **Wir lehnen Dieselfahrverbote generell ab und stehen für den Erhalt der individuellen Mobilität**

Für zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandschutz geben. Wir sind gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren. Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind ökologisch unsinnig, weil sie zumeist eine weitere Umfahrung und damit eine



insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben. In Solingen wird es mit der AfD keine Fahrverbote geben.

### **Wir setzen uns für eine Verbesserung im Bereich Radverkehr ein**

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir folgende Maßnahmen unterstützen:

- Den Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscodes;
- Den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegenetzes, dazu gehört auch der Bau von Radschnellwegen.

### **Bahnverbindungen erhalten und ausbauen, kostengünstiges Parken**

Bestehende Bahnverbindungen wollen wir nach Möglichkeit erhalten und neue Verbindungen schaffen. Auch sollen mehr kostengünstige Parkplätze an unseren Bahnhöfen entstehen. Auf diese Weise soll der ÖPNV attraktiver werden. Der Fernverkehr der Bahn (IC/ICE) ist zu erhalten. Bei neuen Strecken ist die Anbindung zu prüfen.



### **Bessere Anbindung an die Autobahn**

Dass eine Großstadt wie Solingen über keinen leistungsfähigen Anschluss an die A3 verfügt, ist ein Skandal, der durch die Rot-Grüne Blockadepolitik der vergangenen Jahre verursacht worden ist. Die Folgen müssen die Pendler tagtäglich ertragen, wenn sie mal wieder im Stau stehen.

Die AfD Solingen fordert, die Anschlussstellen auf die A3 zügig auszubauen und den Bau neuer Anschlussstellen umgehend zu planen und umzusetzen. Die Verkehrsstaus, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten, müssen schnell und deutlich reduziert werden.

### **Verkehrsfluss verbessern, Umwelt schonen**

In Solingen steht man viel zu oft an roten Ampeln, besonders in der Nacht. Dies kostet Zeit und belastet die Umwelt unnötig. Die Stadtverwaltung (im Auftrag der regierenden Politiker der Altparteien) macht seit Jahren in der Regel immer das Gegenteil von dem, was verkehrstechnisch sinnvoll wäre. Dadurch benötigt man mitunter mit dem Auto für die vier Kilometer von Höhscheid bis zum Schlagbaum in den Nachmittagsstunden deutlich über 15 Minuten.

Die AfD Solingen wird sich deshalb dafür einsetzen, dass viel mehr Kreisverkehre (auch in Verbindung mit sog. Zebrastreifen) in Solingen gebaut und notwendige Ampelanlagen schneller modernisiert werden. Diese erhöhen die





Verkehrssicherheit und sollen besonders dort Ampeln ersetzen, wo maximal eine mittlere Verkehrsdichte vorherrscht. Des Weiteren möchten wir einige Ampelanlagen über Nacht abschalten.

Autos sind technisch so ausgelegt, dass sie bei 50 Kilometern pro Stunde besonders verbrauchs- und damit schadstoffarm fahren. Daher sind sämtliche Tempo-30-Zonen im Hinblick auf ihre jeweilige statistische Unfallhäufigkeit und damit auf ihre Daseinsberechtigung zu überprüfen.

### **Straßenschäden schnell und nachhaltig beheben**

Wir möchten, ähnlich wie in anderen Ländern, kleinere Straßenschäden, wie z.B. Schlaglöcher oder lose Gehwegplatten, umgehend beheben. Mit geringen Mitteln lassen sich hier schnell Erfolge erzielen, die für den Bürger sofort spürbar werden. Für eine schnelle Umsetzung müssen im Etat dafür ausreichende Mittel zum Unterhalt der Straßen und Gehwege bereitgestellt werden.

### **„Aufmerksamkeitsstreifen“ am Graf-Wilhelm-Platz entfernen**

Diese Streifen sind ein absolutes Ärgernis und zusätzliches Sicherheitsrisiko. Viele Fußgänger halten diese Streifen fälschlich für Zebrastreifen, weshalb sie



irrtümlich vor fahrende Autos laufen. Nur der Umstand, dass dort, wie in Solingen leider üblich, der Verkehr sehr langsam fließt, hat bisher Schlimmeres verhindert. Wir möchten dort eine verkehrssichere Lösung finden.

### **ÖPNV kann den Individualverkehr nicht ersetzen**

Bus und Bahn sind für viele Menschen keine Alternative. Auch dann nicht, wenn man diese kostenlos anbietet oder deren Taktung verbessert. Es sind in bedeutender Zahl Bürger mit höheren Einkommen, die Autos fahren. Wer Autos aus den Städten verdrängen will, der verdrängt daher auch Umsatz und damit auch Arbeitsplätze.

Für die AfD Solingen ist der Individualverkehr ein hohes Gut, welches zu schützen ist.

Wir sind für eine vernünftige Koexistenz der jeweiligen Verkehrsmittel. Relevant für die Wichtigkeit eines Verkehrsmittels kann nur die Zahl der Nutzer sein. So sind Bus- und Bahnlinien zwar wichtiger als Radwege, müssen sich jedoch in ihrer Bedeutung Auto und Motorrad unterordnen, denn 2017 waren bereits 88316 Autos in Solingen zugelassen. Statistisch verfügen also weit mehr als die Hälfte der über 160.000 Solinger über ein Fahrzeug.



### **Keine Zwangsabgaben in Solingen**

Die Finanzierung des ÖPNV in Solingen steht auf einem wackligen Fundament. Denkmodelle der Altparteien, die einen Beitrag zur ÖPNV-Finanzierung durch eine „ÖPNV-Zwangsabgabe“, die Einführung einer „City-Maut“ oder durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung sehen, lehnen wir entschieden ab!

### **Mobilitätskonzept für Solingen**

Die AfD Solingen fordert endlich ein Mobilitätskonzept für Solingen zu erstellen, das dem Namen auch gerecht wird. Ein zeitgemäßes Verkehrskonzept muss Sicherheit, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit für alle Verkehrsteilnehmer im Fokus haben. Dazu gehört es auch, dass Verkehrsflächen schneller saniert werden, und das über die sinnvolle Öffnung von Bereichen der Innenstadt nachgedacht wird.

### **Keine weiteren Änderungen von Straßen- und Platznamen**

Änderungen von Straßen- und Platznamen, wie beispielweise die Änderung von „Hindenburgplatz“ in „Walder Marktplatz“, kosten nicht nur unnötig Geld, sie bringen auch keinen Nutzen. Vielmehr schädigen die Änderungen unser Andenken und die Geschichte unserer Stadt.